

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Zugabe vom 1. April bis 30. September 5 Bl.
Angeordnet in die Reichspost-Zeitungskategorie unter Nr. 117a.

Verantwortlicher Schriftleiter: Erich Gumbel
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Hörsingstraße 16.
Verleger: Hr. Gumbel - Postfachkonto Stuttgart 2004.

Anzeigengebühr
für die sechs-spaltige Zeile ober deren Raum 50 Mark.
Geschäftsangelegenheiten finden keine Aufnahme.

Ratbedürftige Ratgeber

Die Veressenheit unserer Industriellen will nicht weichen. Wo immer sie sich über die Wirtschaftslage, Teuerung, Lohn-erhöhung, Marktstabilisierung oder Wiedergutmachung unterhalten, ist ihr einziges Wort und Ach der Achtsundentag. Erst wenn dieser, der vermaledeite Weichsack der Novembertage, verschwinden sei, werde sich die Möglichkeit, unsere vielgestaltige Not zu mildern, anfügen. Die Auffassung der Unternehmer ist hinreichend bekannt: Würde täglich eine, zwei, drei Stunden länger geschafft, erhöht sich die deutsche Gütermenge um zehn, zwanzig, dreißig Hunderteile, bekämen wir gerade das, was uns zur Verteidigung der Sieger, zur Erfüllung der leeren nationalen Vorratskammer und zur Aufbesserung des heruntergewirtschafteten Industrieparkes fehlt, folglich müsse jeder, der es mit dem deutschen Land und Volk ehlich meine, für die Verlängerung der Arbeitszeit eintreten.

Diese Ansicht hat, zu allem Überflus, nun auch Herr Hugo Stinnes jüngst im Reichswirtschaftsrat zum besten gegeben. Als dort die Marktstabilisierung und Ähnliches zur Beratung stand, behauptete er, der Versuch, unser Finanzloch zu heilen, sei aussichtslos, wenn nicht die deutsche Arbeiterchaft täglich zwei Stunden länger schaffe und für die Mehrleistung auf den Lohnzuschlag verzichte. Diese Behauptung wird niemand als einen Beweis für schmerzlichen Geist ansehen, zumal man dergleichen jedem Winkeladvokaten des Unternehmens lärgig gekniffen ist. Bemerkenswert ist die Rede des deutschen Erstherrn vielleicht aber durch das, was sie nicht sagt. Gar nicht stößt ihm die Rede, daß er von den durch Krieg und Frieden ausgegrenzten Arbeitern das tägliche Opfer von zwei Stunden verlangt, stumm wie ein Fisch, aber blieb er über den Opferwillen der durch Krieg und Frieden jetzt gewordenen Unternehmer. Verdächtige Schweigsamkeit, die, wie alle Welt weiß, nicht bloß dem Industriehäuptling, sondern auch all den kleineren Präfigenossen eigen ist. Wie halten und dabei nicht weiter auf, jammal eine lange Erfahrung beweist, daß die besitzende Klasse, wenn sie vom Opferbringen spricht, nur an die nicht besitzende Klasse denkt. Dessen sollten nun endlich auch jene zwischen Bourgeoisie und Proletariat herumtorkelnden Zeitgenossen einsehen sein, die sich ebenfalls bemüht fühlen, die Arbeiter auf ihre Pflicht, länger zu schaffern, aufmerksam zu machen. Sie lehren die Bilanz von der Schädlichkeit des Achtsundentages herunter, wie die Kirchenbetrücker das Vaterr. Diesen gutmeinenden Ratgebern ist zu raten, sich mit ihrer Weisheit an das Unternehmen zu wenden und ihre Pflicht für erfüllt zu betrachten, wenn sie von diesem nützlichen Sicherheit für eigene Mehrleistung für das verelendete Vaterland erhalten haben.

Den Weg zur Arbeiterchaft mögen sie sich sparen. Sie brauchen ihre Ratsschlage nicht. Die Arbeiterchaft hat der Beweise in Hülle geliefert, daß sie weiß, was ihre Pflicht gegen Land und Volk ist. So während des Krieges, so jetzt im Frieden. Wenn sich das Vaterland auf die Industriellen hätte verlassen müssen, es wäre verlassen gewesen und die deutsche Einheit wäre über dem Weltlauf der raffenden Stände um die Günst der Sieger und um Sonderprivilegien in die Finnen gegangen. Wo immer die deutsche Einheit in Gefahr war und ist, sind die Arbeiter ihre zuverlässigsten Beschützer. Der Vorwurf, Heuerscheu zu sein, kann der Arbeiterchaft nicht gemacht werden, die, welche dem Reich die Eisenbahnen abknöpfen wollten, die die Preise treiben, das Geld verjagen, gehören gleichfalls nicht zum Proletariat. Kein Bericht hat gemeldet, daß sich Arbeiter befeindeten hätten unter den Schmarotzern, die sich lärglich in Berlin an Mitglieder der Reparationskommission heranwängelten, um unsaubere Privat- oder Sippengeschäften auf Kosten des Vaterlandes und der Reichsregierung zu machen.

Nach alledem wäre es tatsächlich unnötig, zu betonen, daß der Rat, die Arbeiter sollten ihre Pflicht gegen das Vaterland tun, nicht an die Arbeiter, sondern an ihre gesellschaftlichen Gegensätze gerichtet werden sollte. Solcher Rat war für die Arbeiter von jeher überflüssig, ist es auch jetzt in Sachen der industriellen Mehrleistung. Man wird es ihnen nicht verargen können, wenn sie den Ratgebern taube Ohren zeigen, die selbst des Rates so sehr bedürfen. Mit den Industriellen hat auch Herr Stinnes erst noch den Beweis zu erbringen, was ihn zum Ratgeber der Arbeiterchaft besonders befähigt. Seine Ratsschlage, die er im Kriege und nachher der Regierung gab, lassen ihn selbst als sehr ratbedürftig erscheinen. Im Kriege war er der festen Überzeugung, daß ohne Annexionen Deutschlands Zukunft gefährdet sei. 1920 in Spa bestand er darauf, daß alle Zugeständnisse an die Sieger abzulehnen seien. Die Erfüllungspolitik hat er nachdrücklich bekämpft und dem Hinweis, daß ohne die Erfüllung die Reichung des Ruhrgebietes sicher sei, begagnete er mit der Erwiderung, daß man eben die Bedingung in Kauf nehmen müsse. Neuerdings hat er seinen Widerstand gegen die Erfüllungspolitik aufgegeben, ja, er heischt jetzt von der Arbeiterchaft zwei Stunden

mehr Arbeit ohne Lohnzuschlag, um die Verpflichtungen an die Sieger zu erfüllen. Wie lange wird es dauern und er erklärt jeden für einen abgeleiteten Feind des Vaterlandes, der nicht die Erfüllungspolitik als den Gipfel staatsmännischer Weisheit versteht. Die Ursachen dieses Gefinnungswandels liegen auf der Hand. Um nur die letzte zu nennen: Zielungsabkommen Luberjac-Stinnes = 6 vom Hundert. Es haben auch noch andere Kapitalgruppen solche Abkommen abgeschlossen. Ihre Gewinnläge dürften nicht geringer sein. Der Gewinn aber ist nur einzuschauern, wenn die Abkommen erfüllt werden. In deren Erfüllung ist eine längere Arbeitszeit ohne Lohnzuschlag sehr erwünscht. Daher der Ruf der Stinnes und der von ihnen ausgehaltenen Presse nach Mehrleistung, nach Verlängerung der Arbeitszeit.

Wenn die Kapitalgesellschaften die verbrieften Prognose einschauern wollen, so mögen sie das tun, aber nicht auf Kosten der Arbeiter. Gewiß sind auch diese der Meinung, daß eine gemaltige Steigerung der Produktion unerlässlich ist, um wieder lichtere Tage zu sehen, nur müssen ihnen, soll ihnen die nötige Lust zur Mitarbeit verliehen, unbedingte Sicherheiten gegeben werden, daß das Mehr der Leistung nicht in die weiten Taschen derer vom Stamme Nimm verschwindet und so das Vaterland nach wie vor im Glend bleibt. Die Produktionssteigerung würde am Schraubstock und der Hobeisbaug einen noch lebhafteren Widerhalt finden, wenn gesetzliche Maßnahmen getroffen würden, wodurch das Mehr des Ertrags auch wirklich der Hebung unterer Klassen zugute käme und wodurch die besitzende Klasse würde. Solange aber die Verdrängung begründet ist, daß die Produktionssteigerung nur auf eine Steigerung des kapitalistischen Profites hinausläuft, dürfte die Mehrung der Gütermenge so ziemlich ein frommer Wunsch bleiben.

In Aufschriften an und wie auch in Versammlungen, die sich mit der Produktionssteigerung beschäftigen, wird immer und immer wieder auf Tatsachen hingewiesen, die sehr bezweifel lassen, daß die Unternehmer gewillt sind, ihren Teil zur Mehrung des Ertrags zu erfüllen. Es werden da eine Menge von Unterlassungsständen, betrieborganisatorische Mängel und Versäumnisse in der Fabrikanten für die Not der Gegenwart, die äußerste Sparamkeit mit Kraft, Zeit und Stoff heißt, angeführt. Es sind dies meist Möglichkeiten, die sofort ohne nennenswerte Geldausgabe abgestellt werden könnten und wodurch eine nicht unbeträchtliche Ersparnis zu erlangen wäre. Zeitverwendung durch unzulängliche oder chinejische Organisation muß nach den Berichten in vielen Betrieben anwendbar sein. Da von zahlreichen Unternehmern kaum zu erwarten ist, daß sie kollegial mit den Arbeitern die Verbesserungsmöglichkeiten der Produktion besprechen, wäre den Betriebsräten anzuraten, sich von sich aus mit der Sache zu beschäftigen. Sie sollten den Fabrikanten unablässig auf Versammlungen der Fabrikation aufmerksam machen, ihnen praktische Vorschläge zur Mehrung des Arbeitsertrags unterbreiten und tatkräftig auf die Verwirklichung drängen. Dies wird, das sind wir gewiß, gar oft erfolglos sein, weil bekanntlich bei vielen Fabrikanten ein Vorschlag nicht langt, wenn er von den Arbeitern kommt. Tessenungsgründe dürfen sich die Betriebsräte diese Tätigkeit nicht verdrießen lassen, weil sie dadurch ihre moralische Stellung mächtig stärken. Auf Grund ihres Strebens nach Verbesserung, Verbilligung der Fabrikation erwerben sie sich ein wirksames Beweismittel gegen Lohnabsatz und Verlängerung der Arbeitszeit. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Unternehmer nächsten wieder mehr nach diesen plumpen und höchst fragwürdigen Mitteln der Verbilligung und Steigerung der Produktion greifen. Diesen gilt es vorzubeugen, und zwar mit den Vorschlägen, die vom Betriebsrat zu gleichem Zweck gemacht worden sind. Dem Unternehmer läßt sich dann sagen, daß wenn es ihm wirklich um Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Hebung der Produktion und nicht nur um bloße Erhöhung der Ausbeutung zu tun sei, er nur die Anregungen der Arbeiter durchzuführen habe.

Die Durchführung dürfte zuweisen von der Telegschaft Opfer, richtiger Bericht auf Gewohnheiten, bedingen. Unseren Kollegen, die das Wohl der Gesamtheit über das der Minderheit stellen, wird es nicht schwer fallen, den Vergleich zu finden. An der einzelnen Telegschaft darf es nicht fehlen, wenn es gilt, der Lebensfrage aller zu dienen. Die ständige und eingehendere Beschäftigung mit den Fragen der Betriebsverbesserung und Produktionssteigerung bringt außerdem die Betriebsräte mehr ihren ureigenen Aufgaben nahe, die ihnen als Träger der künftigen Wirtschaft gestellt sind. Sie haben da die Möglichkeit, die große Frage der Gegenwart zu lösen und gleichzeitig an dem großen Werk, das über kurz oder lang getan werden muß, vorzubereiten. Das eine ist so notwendig wie das andere.

Das deutsche Geldproblem

Keine Wirtschaft kann auf längere Zeit ohne einen festen Wertmaßstab, ohne ein weitbeständiges Geld auskommen, ohne schwere Schäden zu erleiden. Ein Metermaß aus Rautschul, das — je wie man es beut — mal lang, mal kurz ist, ist kein Metermaß. Ein Geld, das jeden Tag und häufig sogar jede Stunde einen anderen Wert hat, ist kein wirkliches Geld. Denn es ist kein zuverlässiger Wertmesser mehr. Der Begriff Geld als Zahlungsmittel im Güterverkehr erfordert unbedingt ein hohes Maß von Wertbeständigkeit.

Das deutsche Geld ist kein wirkliches Geld mehr. Das Bedürfnis nach wirklichem Geld hat in der deutschen Wirtschaft dazu geführt, daß inländische Waren auf der Grundlage fremden, wertbeständigen Geldes, z. B. auf der Dollar gekauft und verkauft werden. Die Finanzfachverständigen haben längst darüber geflagt, daß die deutsche Handels- und Zahlungsbilanz nicht zuverlässig sei. In der Tat zeigt die Außenhandelsstatistik nur die Gewichtsmengen, nicht aber die Wertmengen des Handels richtig auf. Die Gewichtsmengen geben aber kein richtiges Bild vom Handel, weil Kohlen, Kieselsteine, Flastermehl, Stachelnadeln, Seidenstrümpfe usw. bei gleicher Gewichtsmenge ganz verschiedene Werte zeigen darstellen. Die Wertmengen ist in Papiermark angegeben. Aber in welcher Papiermark? Am Freitag früh galten 600 Papiermark einen Dollar und beim Börsenschluss am Freitag 800. So hatte sich in drei Stunden der Wert der Mark verändert. Was kann man daraus erkennen, wenn der deutsche Außenhandel eines gewissen Zeitabschnittes hundert Milliarden Papiermark beträgt, wenn in dieser Zeit die Papiermark mal 1 Friedenspfennig, mal 0,08 oder 0,12 Pfennige beträgt?

Es ist wirklich ein Gebot von lebenswichtigem Ernst, die Papiermark zu stabilisieren und sie zu einem brauchbaren Wertmesser in der Wirtschaft zu machen.

Die internationalen Finanzfachverständigen haben einstimmig begutachtet, daß unter den gegenwärtigen Umständen die Stabilisierung der Mark unmöglich ist. Darüber, welche Voraussetzungen für die Stabilisierung der Mark geschaffen werden müssen, sind bis jetzt noch mannigfaltige Ansichten ausgesprochen worden: die einen sagen, erst muß das Budget ins Gleichgewicht gebracht werden; andere behaupten dagegen, daß erst, wenn die Mark stabilisiert ist, der Staatshaushalt ausgeglichen werden könne; wieder andere sagen, ein Leistungsanspruch müsse von der Entente bewilligt werden, worauf die Franzosen antworten: erst Gleichgewicht des Haushalts, dann Zahlungsanspruch. Wieder von anderen hört man: Stabilisierung des Reichsgoldes, unsere Anleihen, äußere Anleihen, Steigerung der Produktion durch Mehrarbeit — und so weiter. Die einen betrachten die Frage der Marktstabilisierung als ein finanzpolitisches, andere als ein wirtschaftliches, andere als ein politisches (außen- und innenpolitisches) Problem. Was ist von all diesen Rezepten das Richtige? Keines ist für sich allein richtig, sie sind aber alle miteinander zur Gesamtheit verbunden richtig.

Das deutsche Geldproblem stellt einen Knäuel von gegenseitigen Abhängigkeiten dar, der nur von der Friedensvertragsseite her entwirrt werden kann.

Trotz dem Friedensvertrag ist Deutschland verstoßen, wertvoller Quellen seines wirtschaftlichen Wohlfundes beraubt und in seiner Wirtschaftsautonomie gelähmt worden. Durch den Friedensvertrag haben wir verloren:

Von der Gesamtbodenfläche	18,0 v. H.
An Einwohnerzahl	8,0 . . .
An Vorkriegsreserven	15,4 . . .
An Moorflächen	4,8 . . .
An Vieh	11,5 . . .
Vom Kohlenbergbau	10,4 . . .
An Eisenerz	74,5 . . .
An Pulverbergbau	98,2 . . .
An Bleibergbau	68,1 . . .
An Zinkhütten	60,2 . . .

Die folgenden Zahlen geben ein Bild deutscher Produktionsleistungen einst und jetzt:

	1913	1921
Steinkohlenförderung	190 110 400	186 218 000 Tonnen
Eisenerzförderung	28 000 000	6 361 500 . . .
Eisenerzfabrikation	14 000 000	4 304 000 . . .
Gemeinsproduktion	6 000 000	40 000 000 . . .
Wagnereinnahme	10 181 807	6 798 838 . . .
Wagnereinnahme	4 431 821	2 983 820 . . .
Wagnereinnahme	30 112 218	1 238 995 . . .
Nachschätzungen	2 000 582	7 678 842 Stück

Trotz der starken Minderleistung deutscher Wirtschaft, die hieraus kennbar wird und trotz der Erschöpfung unserer Wirtschaftsrücklagen während des Krieges haben wir an die Entente bisher allein an Dar- und Sachleistungen 18,5 Milliarden Goldmark gezahlt. Um diesen Abfluß deutschen Vermögens zu stoppen, haben wir mit Hochdruck Papiergeld drucken und das deutsche Geld verwaschern müssen. Die Folge war, daß in jeder Tag wässrigeres Papiergeld das Ausland und auch das Inland sein Vertrauen mehr hatten. Die Flucht von der Mark, das Warenhamstern, das Eisenhamstern und eine fürwahrliche Preisrevolution folgten. Der Kredit schrumpfte ein, weil Kreditgewährung Geldverlust wurde. Das Schieberkapital verbanderte die normale Neubildung industriellen Kapitals. Dadurch verlumpte und veraltete unser Produktionsapparat, die technischen produktionsvermehrenden Verbesserungen der Industrie unterblieben mehr und mehr. Mit jedem Schritt, den wir tiefer in die wirtschaftliche Verarmung taten, wurden die Reparationskosten größer, sprang der Dollarkurs anwärts, sank der Wert der Mark, wurde die politische Lage Deutschlands schlimmer,

